

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

Im Saale und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Söllberggasse.

Telegraph-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Sticht: für Wahrheit und Recht.

Nr. 138.

Halle a. S., Donnerstag den 15. Juni 1893.

4. Jahrg.

An die Arne.

Von Fritz Kunert.
Rotto: Wir dürfen nicht Bitoria trompeten,
So lang noch Eitel tragen uns're Stirnen;
Weil ängstlich, wenn die Sipern Liebe girren.

Frei'ch in die Schlacht, mein teures Volk,
Für Deine höchsten Güter!
Der Freiheit und Gerechtigkeit
Setz Kämpfer heut und Häter!
Nicht Barraden, nicht Schwert und Dolch,
Kein Hinterladungsplunder!
Rein, Deine neue Waffe thut,
Ein Bittel, — die größten Wunder.

Frei'ch in die Schlacht, mein teures Volk,
Als ginge es zum Hesse,
Dein Bittel birgt geheimnisvoll:
Fluch, Segen und Brotsche.

Wenn Du die Waffe schneidig brauchst,
Wirf Du den Feind bewingend;
Was Dir sich in den Weg gestellt,
Du wirst es niederringend.

Du kämpfst für alles, was Dir lieb,
Für uns're Menschenrechte, —
Und was Du hasst, vernichtest Du
Im friedlichsten Gesichte.

Ja, raffe zusammen alle Kraft,
Nur vorwärts reiße die Trägen!
Sieg wird Dir schon, wenn wie im Sturm
Sich Deine Schwingen regen.

Der elektrishe Funke die Siegespost
Auf Flügel trägt von dannen,
Wenn einmal in Dir, Arbeitervolk,
Sich alle Fibern spannen.

Frei'ch vorwärts alle jetzt Mann für Mann
In Reich' und Glieb, in Front!
Schon glühend windt der Morgenstrahl
Am jungen Horizont.

Der letzte Ruf.

Bürger! Arbeiter! Wähler!
Die entscheidende Stunde naht heran, in welcher wir durch die Abgabe des Stimmzettels uns zu erklären haben, wie wir in den nächsten fünf Jahren die unrenn Verhältnisse des deutschen Vaterlandes geregelt haben wollen.

Es handelt sich bei der gegenwärtigen Reichstagswahl nicht allein um die Bekämpfung oder Bewilligung der Militärvorlage. Es handelt sich namentlich auch um Grundrechte des deutschen Volkes, die in Gefahr sind, wenn die Reaktion im deutschen Reichsparlament die Mehrheit erlangt.

Ein Reichstag, der die Militärvorlage bewilligt, wird auch Hand legen an das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. Als im Jahre 1887 der Reichstagswahl, das Angstprodukt, gewählt worden war, waren die Nationalliberalen schamlos genug, das Wahlrecht zu verflümmeln, indem sie die Verlängerung der Gesetzgebungsperioden von 3 auf 5 Jahre beantragten und sich von Reichstag und Regierung unterstützt haben. Der nationalliberale Antrag wurde angenommen und damit erreicht, daß diejenigen Herren Volksvertreter, die sich vor dem Richter sprache des Volkes fürchten, jetzt erst nach fünf Jahren vor die Wähler zu treten und der öffentlichen Kritik zu unterliegen brauchen.

Die Nationalliberalen sind geschworene Feinde des allgemeinen Wahlrechts und ist ihnen die Gelegenheit günstig, dann werden sie nicht säumen, das Fundament der deutschen Demokratie zu zerstören, das Fundament der deutschen Demokratie, das die deutsche Nation, das arbeitende Volk aber hat das größte Interesse, seine Vertreter möglichst oft zu wählen, um dadurch möglichst bald diejenigen von ihrem Posten zu entfernen, welche die übernommenen Pflichten nicht erfüllen oder gegen dieselben gehandelt haben.

Deshalb ist noch nie eine Wahl von so einschneidender Bedeutung gewesen, als die bevorstehende. Das kann in dem jetzt entbrannten Wahlkampf nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden.

Es handelt sich, wie gesagt, nicht nur um die Militärvorlage, sondern um die Frage, wessen Interessen künftig in Deutschland maßgebend sein sollen. Ob die Interessen der Regierung und der herrschenden Klassen, oder die Interessen der ungeheuren Volksmehrheit, des arbeitenden Volkes.

Die Zeit birgt große Gefahren in ihrem Schoß. Alle Verhältnisse sind in Umwälzung begriffen. Das Alte stirbt, Neues tritt an seine Stelle. Eine Unzahl neuer Bedürfnisse, welche der Fortschritt der Zeit auf allen Gebieten hervorgerufen hat, harret ihrer Befriedigung und Befriedigung. Nicht kleinliche Maßnahmen, nicht halbe Maßnahmen, sondern große soziale und politische Umgestaltungen müssen verwirklicht werden, soll nicht eine Katastrophe die Folge sein.

Ob die herrschenden Klassen und die Regierungen solcher Umgestaltungen fähig sind, wir wissen es nicht, beweisen es aber. Umwende haben die Gesellschaften mit aller Macht darauf zu bringen, deren glückliche Zukunft von denselben abhängt.

Das Ende des achtzehnten Jahrhunderts läutete die alte Feudalgesellschaft zu Grabe. Die bürgerliche Gesellschaft kam zur Herrschaft. Hundert Jahre ihrer Herrschaft genügen, um der Welt zu zeigen, daß sie unfähig war, das Programm zu verwirklichen, das sie in den Tagen ihrer Jugend ihrem Streben zu grunde gelegt: Die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit. Eine Parole, mit der sie die Welt eroberte, sie ist bis heute ein leerer Wahn. Mehr denn je sind die Klassengegensätze emporgewuchert, beherrschen die Klassenkämpfe die Welt.

Eine neue Klasse, zahlreicher und mächtiger als die Bürgerklasse war, ist aus ihrem Schoße emporgewachsen und trocst darnach, das Siegel ihrer Herrschaft der Gesellschaft aufzudrücken. Aber ihre Herrschaft bedeutet die Aufhebung der Klassengegensätze, der Klassenkämpfe, bedeutet die Verwirklichung der Parole:

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, bedeutet eine Gesellschaft von Freien und Gleichen.

Wenn wird diese Gesellschaft verwirklicht werden? Auch das wissen wir nicht. Aber das wissen wir, daß das deutsche Proletariat einen mächtigen Schritt zur Verwirklichung dieser Gesellschaft macht, wenn jeder Sozialdemokrat, wenn jeder Arbeiter, jeder Sozialdemokrat, mit allen ihm zu gebote stehenden Kräften und Mitteln in dem bevorstehenden Wahlkampf seine volle Schuldigkeit thut.

Proletariat! Sozialdemokraten! Auf zur Wahl! Auf! damit der 15. Juni ein Siegestag werde, wie ihn noch kein Proletariat der Welt gefeiert. Hoch! die Fahne rot! Hoch die Sozialdemokratie!

Vom Gegner.

Der nationalliberale Verein verbreitete heute morgen ein Dr. Meyer empfohlenes Flugblatt, in welchem selbigem gelogt wird, daß Herr Dr. Meyer für die Stärkung der Wehrkraft einzutreten werde. Mehr läßt sich schlechterdings auch nicht für Herrn Meyer ins Feld führen, denn die liberale Vereinigung ist aus so verschiedenartigen Elementen zusammengesetzt, daß Herr Meyer, wenn er die Forderungen dieser verschiedenen Interessengruppen programmatich niederlegt, einen einzigen großen Widerspruch zu tage fördern würde.

Dasselbe gilt auch für den konservativen Wilsch-Walch-Kandidaten. Er ist für die Militärvorlage, im übrigen sucht er den Agrarier, den Bauern, den Handwerker, den großen und kleinen Beamten, selbst den Antiklerikalen mit allen möglichen und unmöglichen Versprechungen zu beschwichtigen, was natürlich ganz unzulässig ist.

Anders bei dem sozialdemokratischen Kandidaten! Hier giebt's keinen Widerspruch und Zweifel, hier ist alles klar, die Parole ist: Der Arbeit ihr Recht! Von diesem Fundamental-Grundbilde aus ist die Stellung der Sozialdemokratie im gegenwärtigen Wahlkampf klar und deutlich vorgezeichnet — was davon abweicht, wird von der Sozialdemokratie zurückgewiesen.

Diesem Grundbilde stehen sowohl der konservative wie der liberale Kandidat entgegen. Das zeigt sich darin, daß sowohl die liberale wie die konservative Vereinigung erklärt hat, im Falle

einer Stichwahl

die eine die andere gegen den Sozialdemokraten unterstützen werde. Kann noch deutlicher nachgewiesen werden, daß der Sozialdemokratie gegenüber alle Parteien eine reaktionäre Rolle spielen?

Etwas der Freiheit zeigt sich hierbei in seiner ganzen reaktionären Glorie. Er wird sich nicht genieren, im Falle einer Stichwahl zwischen Kunert und einem dem letzteren, dem Vorkandidaten seine Stimme zu geben!

Aber die Moral hiervon ist die, daß wir es unter keinen Umständen zur Stichwahl kommen lassen dürfen! Im ersten Wahlgange müssen wir siegen, und zwar glänzend siegen! Wir müssen so glänzend siegen, daß sich bei einer nächsten Reichstagswahl kein Klimm und Meyer wieder wieder findet, der dem sozialdemokratischen Kandidaten sich gegenüber zu helfen den Mut hätte!

Darum, Arbeiter, Parteigenossen, agitiert unablässig für unsere gute Sache, seid unerschrocken thätig, damit am 15. Juni für Halle und den Saalkreis

der Kandidat der Sozialdemokratie
Schriftsteller Fritz Kunert
in Friedrichshagen
siegreich aus der Wahlurne hervorgehe.

Die bekannnte Unwahrheitsliebe der „Saale-Zeitung“

In der Berichterstattung über sozialdemokratische Versammlungen ist mit dem Bericht über die Montag-Versammlung in „Prinz Karl“ förmlich nicht an dem Gipfelstuck ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Mit einer Unverschämtheit sondergleichen, welche man nur einem Menschen zumuten darf, welcher es gewohnt ist, seine Berichte so abzufassen, daß sie den Beifall seiner Redaktion finden, leitet der Reporter den von den Vorkommnissen und Neben des Abends fast gar nicht eingehaltenen Bericht ein. Der siebenmalige Satz, der von Sozialismus und dem Stande der sozialdemokratischen Bewegung in viel verkehr, wie die Wahlerate von Schwabenburg, erlittet sich, angeht, und Volkswirtschaften abgegebenen Erklärungen anderer Redner — daß die Sozialdemokraten, die Jura nicht haben, gleich im ersten Wahlgange zu siegen — dem des Bestehens zur politischen Haltung der „S.“ längst schon verlässig gegangenen Zeitpunkt derselben die plumpe Lüge aufzubringen, wir rechnen mehr als je mit der Möglichkeit, daß Herr Kunert das Reichstagsmandat wieder an Herrn Alexander Meyer abtreten muß. — Die Unverschämtheit der „S.“ ist in der That eine Bekenten erregende. Gimmal schreibt sie: Alexander Meyer sei 1887 nur mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählt worden (was ja 1881 infolge der Mischen Vorparlamenten an die Sozialdemokraten oben der Fall war) — ist nicht fe sich freigestrungen, weil sie glaubt, daß die Erwerbungen, welche die hiesige liberale Partei freiwillig vor den Konserwativen und Antiklerikalen zu ihrem Schutze begeben hat, zu dem von ihr angeführten Stimmennudel-mittel führen wird. Diese Sachlage verweigern dieselben in einer Weise, die jedem, der mit offenem Blicke die Verhältnisse überblickt, die wahren Gedanken deutlich offenbart. Unverschämte Uebertreibung oder handgeübte Wänsche sind die einzig möglichen Bezeichnungen für diese Behauptung. Haben denn die Herren Freilichtungen gar keine Augen zum Sehen und Hören zum Hören in ihren eigenen Versammlungen? Wer hat denn ihre Säle gefüllt? Wer hat denn dem ewigen Eitelkeit Meyer'scher Neben den ironischen Beifall gesollt, den sie für bare Münze nahmen? Wer hat denn die liberalen Komitee-Mitglieder und den Kandidaten vor dem Hinüberfahren aus dem eigenen Lokale bei den Versammlungen in Bettin und Böhmen geschützt? Der wenigen, zum Glück für die Herren, anwesenden Sozialdemokraten aus Halle haben sie es allein zu danken! In diesen Dingen, wo nur 6 Jahren noch die sehr schwach vertretenen Sozialdemokraten auf Veranlassung der liberalen und konservativen Freier aus den Versammlungen herausgeschmeißen wurden, da haben heute die Schläger und Rausschmeißen auf Seiten der Sozialdemokratie — und wahrlich wir rufen das der „Saale-Zg.“ hiermit laut und vernünftig zu — damit sie nicht wieder ihre Leser so läppisch belügen kann, wie in der Morgen-Nummer 271 — „Eine entsetzliche Enttäuschung werden die liberalen und konservativen Kandidaten nach dem gegenwärtigen Wahlkampf erleben“ — eine Enttäuschung, die zumal den erlernten die Räte der Scham über ihre alle politische Mannwürde in den Schlamme der Sozialisterei herabwürdigende Schöcherer um das hiesige Mandat in das Amtlich treiben muß. Kein wahrer freilichtiger Mann, kein halbwegs politisch aufzuführender Mensch glaubt mehr der „S.“, die sich bereits durch alle liberalen Parteistatistierungen bis zum Konserwativismus hinüber gemotzt hat, da sie das weiß, läßt sie eben lautig darauf los, „überall wo es nur möglich war im Saalkreis habe der sozialdemokratische Reichstagskandidat persönlich Wahlreden

Die nächste Nummer erscheint der Wahl wegen Donnerstag früh 8 Uhr.

gehalten." — Ja, wo es nur möglich war — darin liegt das Schicksal! Dank der schätzlichen Rationierungen der Freunde der Liberalen und mit Berücksichtigung der letzteren selbst — haben wir ja im ganzen Saalreise kaum 1/2 Duzend Versammlungen abhalten können! — Das wir uns mehr mit den Liberalen, als mit Herrn Grimm befaßt haben, — wie die „Saale-Zig.“ weiter aufweist — ist einfach deshalb geschehen, weil die Liberalen uns doch noch 5 bis 10 Minuten lang Gelegenheit boten, in den Saalreiserestanten zu Worte zu kommen. Das wir uns mit Herrn Grimm und seinen Leuten nicht weiter befaßt haben, erklärt sich dadurch, daß das konservative Kartell bereits in seiner ersten „Reiz-Kartell-Versammlung unversehens ein für allemal abgethan war. Ueberdies wußte die „S.-Z.“ aus ihrem Annoncenblatt erleben haben — und ihr Berichtstatter über die konservativen Versammlungen wird das bestätigen — daß in den Einladungen jener Herren stets vermerkt ist: „Sozialdemokraten haben keinen Zutritt!“ Das Weitere besorgen außerdem für diese Herren die Ostvorsitzer, Entbarnen und Kadwächter! — Schließlich wollen wir anlässlich dieser Betrachtung folgenanter schriftlicher Berichterstattung uns der am Schluß derselben in ziemlich wogender Weise behandelten beiden Christlich-Sozialen, cand. theol. Hoppe und cand. hist. Schmidt annehmen. Die Herren haben gefast, was sie vermochten; sie haben aber wenigstens kein Wort gesagt, in die Räden einzutreten, welche die Pflicht der großen sozialdemokratischen freisinnigen Redner vor den sozialdemokratischen Versammlungen in den Reihen der Vaterlandserreiter immer aufzuheben reißt! Auf den antilemlich rührenden Schmuck des vom „mehreren von Arbeitern als brutalen Bohrdiener gekennzeichneten Wionär“ eingezogen, erscheint uns eine zu unangenehme Beschäftigung — haben doch selbst die „sehr zahlreich anwesenden“ christlich sozialen und auch antilemlichen Studenten angesichts des Anstandes, mit welchem sie behandelt wurden in der sozialdemokratischen Versammlung, es sogar unter ihrer Würde gehalten, dem Genossen Singer gegenüber derartige gemeine Unterstellungen vornehmen zu lassen. Die die „S.-Z.“ so sehr ärgern den „berühmtesten Papfen“ aber beruhigt auf statistischen Feststellungen. Sie hinter den politischen Drogen noch recht grüner „Saale-Fritungs“-Reporter.

Wahlschwindel.

Für wie dumm die konservativen Parteien die Arbeiter halten und was sie sich ihnen zu bieten wagen, geht aus einem Artikel hervor, den der Mansfelder „Bergbote“ zur Reichstagswahl veröffentlicht. Derselbe ist abgeschrieben: „Was für ein Geschäft macht der Bergmann, wenn er einen Kandidaten wählt, der für die Militärvorlage ist.“ Da daselbe Geschäft im Grunde jeder Arbeiter macht, so wollen wir die Kalkulation des „Bergboten“ auch unseren Lesern nicht vorenthalten. In dem Artikel heißt es:

„Unter den bis jetzt bestehenden Verhältnissen muß der Bergmann 3 Jahre dienen, der Vater hat ein gutes Jahr, was vielleicht selbst Soldat und mehr wie gut dem Soldaten in Urlaub von zu Hause thun. Wir nehmen an, er schiedt ihm monatlich nur 3 R., vielleicht auch, wenn er es machen kann, 5 R. Rechnen wir den niedrigsten Geh. so schiedt er dem Sohn im Jahre 36 R., macht in 3 Jahren 3 x 36 R. = 108 R.
„Man führt der junge Arbeiter in den 3 Jahren in Urlaub, gewöhnlich 2 Mal. Da er nicht in Urlaub geht und nicht bezahlt werden, so heute wird er angefaßt u. f. w. und ist der Urlaub aufzugeben, so bekommt er noch mal Tagelohn mit. Wir wollen rechnen, um auf eine runde Summe zu kommen, der zweimalige Urlaub kostet zusammen 48 R., welche zu der vorher angegebenen Summe zusammen 156 R. ergeben. Ein Jahr, der Soldat war, weiß, daß die Summe sehr niedrig angenommen ist.
„Seht nun die Militärvorlage durch, so braucht der Sohn nur 2 Jahre zu dienen und in den 2 Jahren auch nur 2 x 36 R. = 72 R., auch kommt er dann vielleicht nur 1 Mal in Urlaub, so folgt dessen Verlust der Urlaub nur die Hälfte der vorher angenommenen Summe, also 21 R. Diese 21 R. und 72 R. zusammengezählt ergeben für den Vater bei Einführung der 2jährigen Dienstzeit eine Ausgabe von 93 R., bei der 3jährigen Dienstzeit kostet aber der Sohn 156 R., was eine Ersparnis von 57 R. ergibt.
„Man kommt aber bald nicht mehr. Im dritten Jahre, wo der Sohn noch nicht dienen mußte, kann er nun auf der Grube schöpfen. Rechnen wir als einen Durchschnittswert 270 R. täglich an, multiplizieren diese 270 R. mit 300 Schichten, so erhalten wir 810 R. Diese 810 R. Sohn, welche der Sohn in dem in Frage kommenden Jahre verdient und die noch nachträglich den Gehalt von 57 R. abgeben zusammen 867 R. Rechnen wir, um allen gerecht zu werden, die 67 R. als Abgangszug ab, welche während dieses Jahres nicht hätten gezahlt zu werden brauchen, so bleiben noch 800 R. übrig.“

Brandkasselle.

Was den Papieren eines Dorfkapitänleutnants.
Von H. Binden.

(Nachdruck verboten.)

Er holte tief Atem, und als er das tiefe Loh auf dem Antlitz Hermanns sah, lachte er höflich auf bevor er in seiner Erzählung fortfuhr:
„Eben wollte ich das Bist erbrechen, da stand auf einmal der Alte hinter mich. „Güte, Räuber, Möder!“ rief er, so laut er konnte. Zum Glück vermochte er mich nicht zu erkennen, weil Dunkelheit im Zimmer herrschte, das nur unsicher erhellt wurde durch den blauen Feuerstrahl. Die Berührung ließ mich nicht lange überlegen, ich würgte ihn und verlegte ihm einen Faustschlag auf den Kopf, der ihn so völlig betäubte, daß er taumelnd auf den Rand seines Bettes niederfiel. Eben wollte ich mein Werk fortsetzen, da hallen schnelle, feste Schritte auf der Treppe und gleich darauf trat ein großer, junger Mann, in dem ich alsbald Konrad Schürmer erkannte, in die Stube. Er warf sich auf mich und rang mit mir. Güte ich nicht den falschen Part getragen, würde er auch mich erkannt haben. Bähnehatend mußte ich einsehen, daß es unmöglich sei, meinen Plan auszuführen. So eilte ich denn die Treppe hinunter und schlüpfte durch den Garten. Ich war auch äußerlich erschöpft. Lange noch, bis zum Tagesanbruch, brangte ich, um das nächste Dorf zu erreichen. Auch dort mußte ich noch fürchten, erkannt zu werden. Nach langer Mühe legte ich mühsam meinen Weg fort. Eine alte Frau, der ich erzählte, daß ich bei dem Brande in Nordentisch so sehr zu Schaden gekommen, war so mitleidig, mich aufzunehmen. Betelad zog ich dann weiter, bis ich endlich auf der Landstraße elend zusammenbrach. Als ich wieder zu mir kam, fand ich mich in dem grünen Wohnwagen herumgehender Seiltanzgeleute, die mich aus Barm-

„Während dieses Jahres braucht der Sohn nun aber Offen und Abzahlung, was er als Soldat freigelegt hätte; nehmen wir dafür rund 600 R. an, so bleiben noch 300 übrig, welche sein verdient sind, wenn die Militärvorlage durchgeht.
„Sollte wirklich pro Kopf der Bevölkerung 1 R. Steuer jährlich mehr erhoben werden, so müßten Vater und Sohn, wenn sie von jetzt ab noch 40 Jahre lang je 1 R. mehr zahlen müßten, 80 R. Steuern mehr gegen früher bezahlen und hätten dann, nach Abstrahlung des Militärs, durch die Militärvorlage 230 R. verdient.
„Würde sich jeder Bergmann dieser Rechnungsmasse, ich glaube nicht, das auch nur einer einen Kandidaten wählt, welche ein Feind der Militärvorlage ist.“

„Nun, Ihr deutschen Arbeiter, was sagt Ihr zu dieser Rechnung? Warum kommt der „Bergbote“ erst mit der neuen Entbedung am Tage vor der Wahl? Ja, ja! Der „Bergbote“ selbst lehnt, daß ihm seinen Unfug außer seinen verdammten Vergleichen kein Mensch glaubt. Unter 100 gemeinen Soldaten sind sicher 90, deren Eltern dem jungen Krieger höchst selten einige Pfennige zutommen lassen können und die Vergelte mit ihren durchschnittlich 270 Pf. Lohn können dies auch nur selten.“

Das Seltsame sind aber die 220 Mark Ersparnisse, welche der noch zwölfjährige Dienstzeit Entlassener während des dritten Jahres macht. Nachgewiesenermaßen verdienen 90 % der Bevölkerung überhaupt keine 800 R., und wo wirklich 800 Mark erzielt werden, da gehen sie auch auf. Der „Bergbote“ selbst, der „Bergboten“ ist so plump, daß wir selbst der Menschlichen Vergleichen zutrauen, daß sie den handgreiflichen Unfug durchschauen und sich von den konservativen Volkstrügeln abwenden werden.

Zur Reichstagswahl.

Ausgang aus dem Reichswahlgesetz.

Wähler für den Reichstag des Deutschen Reichs ist jeder Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und welcher 1. nicht unter Kuratel oder Vormundschaft steht, 2. dessen Vermögen sich nicht in Fälligkeit oder Kontursituation befindet, 3. keine Armenunterstützung im letzten Jahre bezogen hat, 4. die bürgerlichen Ehrenrechte nicht entzogen sind. Die Wahlhandlung, sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses (Stimmzettelanzahl) sind öffentlich, (d. h. jeder Wahlberechtigte hat Zutritt zum Wahllokal).

Das Wahlrecht wird in Person durch verleiht, in eine Wahlurne niederzulegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeteilt.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

Ausgang aus dem Reglement zum Reichstagswahlgesetz.

Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

Der Tisch, an welchem der Wahlvorstand Platz nimmt, ist so anzuordnen, daß derselbe von allen Seiten zugänglich ist.

Auf diesem Tisch wird ein weißes Glas (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Vor dem Beginn der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß daselbe leer ist.

Ein Abdruck des Wahlgesetzes und des gegenwärtigen Reglements ist im Wahllokal anzulegen. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahllokal weder Diskussionen stattfinden, noch Ansprüche gehalten, noch Beschäftigt gefaßt werden. Ausgenommen hiervon sind nur die Diskussionen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäftes bedingt werden. Zur Stimmabgabe sind nur diejenigen zugelassen, welche in der Wählerliste aufgenommen sind.

Der Wähler übergibt, sobald der Protokollführer seinen Namen in die Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorstand oder dessen Stellvertreter, welcher denselben unversehens in das auf diese Weise festgesetzte Glas legt.

Der Stimmzettel muß verahrt zusammengestaltet sein, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeckt ist.

Stimmzettel bei welchen hiergegen verstoßen ist, oder welche nicht von weißem Papier, oder welche mit äußeren Kennzeichen versehen sind, hat der Wahlvorstand zurückzuweisen.

herzlig aufgenommen hatten und nicht lange erst nach meinem Stand und Namen fragten. Ich Weg führte sie nach Palmstadt und es war mir sehr recht, daß sie sich willig bereit fanden, mich bis dahin mitzunehmen. Ich hatte nämlich vernommen, daß die Feuerversicherung Ihnen damals eine große Summe gezahlt. Da sagte ich den Plan, jedenfalls von Ihrer Mutter und Ihnen mir so viel Geld zu erzwängen, als ich bestrafe, um im Auslande ein neues Leben anzufangen. Ungerader wie damals hoffte ich hierher zu gelangen. Die jungen Burchen aber bemerkten und verfolgten mich. Als ich mich nun vorhin in Ihrem Neben verbergen wollte, trat ich einen Schritt zurück und fiel so unglücklich, daß ich nicht mehr weiter kam. Das liegt auch dran, ein Leben, wie ich's in der letzten Zeit geführt, ist leins mehr; ich bin des Herumgehens müde. Wenn ich aber jetzt ins Gefängnis muß, kann Ihre Mutter mich begleiten, wir haben die Geschäfte zusammen gemacht, nur können wir auch zusammen die Folgen tragen. Schicken Sie nur immerhin zur Post, ich hab' nichts dagegen!“

„Starr, bleich wie der Tod hatte Hermann Reinberg das Gefändnis Winkelbuchs angefaßt. Er wollte etwas entgegen, dann pochte es kurz und kräftig an die Thür, dann ward die Thür geöffnet und Peter Bordmann trat in Begleitung Hörnings ein; zugleich erhob sich im Nebenzimmer ein Tumult.

„Kommen Sie schnell, Hermann, Ihre Mutter stirbt!“ riefen mehrere Stimmen.

Hermann und ich eilten hinüber. Da lag Frau Reinberg auf dem Sopha, ein Blutstrom entquoll ihrem Munde.

„Vergelt, vergelt mir, Hermann — ich that's — für Dich!“ höhnte sie laut überbar.

„O Mutter!“ rief er, überamnt von Weh. Frau Reinberg ward zu Bette gebracht. Sie verlangte nach dem Pfarrer, den zu sehen ich mich erbot, während ein

„Insbesondere hat derselbe auch daran zu denken, daß nicht statt eines mehrere Stimmzettel abgegeben werden.“

Um 6 Uhr nachmittags erklärt der Wahlvorstand die Abstimmung für geschlossen. Nachdem dies geschehen ist, dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden.

Die Stimmzettel werden aus der Wahlurne genommen und unversehens gezählt. Ergiebt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Ungleichheit von der ebenfalls festzustellenden Zahl der Wähler, so ist dies meist dem etwa zur Aufklärung dienlichen im Protokoll anzugeben.

Sobald erfolgt die Eröffnung der Stimmzettel. Einer der Wähler entfaltet jeden Stimmzettel einzeln und überlegt ihn dem Wahlvorstande, welcher denselben nach lauter Boreilehung an einen anderen Wähler weiter reicht, der die Stimmzettel bis zum Ende der Wahlurne aufbewahrt.

Der Protokollführer nimmt den Namen jedes Kandidaten in das Protokoll auf, vermerkt neben demselben jede, dem Kandidaten zufallende Stimme und zählt dieselbe laut. — In gleicher Weise führt der Wähler eine Gegenliste, welche ebenso, wie die Wählerliste, beim Schluß der Wahlhandlung von dem Wahlvorstande zu unterschreiben und dem Protokoll beizufügen ist.

- Ungültig sind:
1. Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier, oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind.
 2. Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten.
 3. Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen sind.
 4. Stimmzettel, auf welchen mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist.
 5. Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

Allgemeine Bemerkungen.

Stimmzettel, auf denen der Name des konservativen oder nationalliberalen Kandidaten deutlich durchgeschrieben und der Name, Stand und Wohnort des sozialdemokratischen Kandidaten in deutlicher Schrift geschrieben steht, sind gültig.

Seht rechtzeitig zur Wahl.

Viele Wähler, besonders aus dem Kleinrentner- und Handarbeiterstand haben die Gewohnheit, erst in der letzten Stunde vor Schluß der Wahl in das Wahllokal zu gehen, um dort ihr Wahlrecht auszuüben und dann bis zur Auszählung der abgegebenen Stimmen und der Bestimmung des Wahlergebnisses zu verbleiben. Die Folge dieser Gewohnheit, besonders an Urnen mit großer Wählerzahl, ist nicht selten die, daß um 6 Uhr abends, wo die Wahlhandlung gesehlich zu schließen ist, eine mehr oder minder große Zahl von Wählern noch zu wählen hat, aber nicht mehr zur Ausübung des Stimmrechts gelangen kann.

Wer also nicht um sein Wahlrecht kommen will, begehre sich zur rechten Zeit in das Wahllokal.

Wähler, welche über ihre Zeit frei verfügen können, sollen es unterlassen, in der Zeit der Mittagspause, wo die Arbeiter meist zur Wahl eilen müssen, zu wählen. Man wäge lieber in den Stunden, wo der Andrang nicht so groß ist.

Lacht Euch nicht wie die Heerdentiere zur Wahl führen.

Es ist früher vielfach vorgekommen, daß Gutsbesitzer, Fabrikanten u. f. w. die bei ihnen beschäftigten Arbeiter durch den Hofmeister oder Inspektor zur Wahl führen und bewachen ließen.

Derartige Wahlbeträgerien und Wahlbeträger müssen den sozialdemokratischen Wahlkomitees mitgeteilt werden. Derjenige, welcher lehteres that, muß entweder die Thatfache bekräftigen können, oder Jagen dafür haben, die durch Eid das Mitgeteilte bestätigen.

Mit Wahlbeträgern werden wir umbringen, wie es solche Subjekte verdienen.

andere nach der Stadt zum Doktor lief. Als ich zurückkam, fuhr schnell ein Wagen an mir vorbei.

„Da ist der Winkelbuchs drin, den bringen sie nach Palmstadt.“ sagte einer der Burchen, die dort standen und das Abfahren des Wagens mit angesehen hatten.

So erschütterte ich war von dem Mitgelebten, eine tiefe Freude durchzog mich Herz bei dem Gedanken an Rätze. Freud von diesem Betreibern, dessen man sie geziehen, war sie rein und unerschütterlich, und doch hatte sie mich nicht verdrängt, und die Schuld auf sich genommen für jene Frau, die sie sonst so glühend gehaßt. Warum that sie's? O, ich wußte es wohl, daß ich, den sie noch immer liebte, und den zu lieben sie niemals aufhören würde. Nur eine Natur wie die ihre, heiß und leidenschaftlich, war fähig einer großen, allgemaltigen, alles überwindenden Liebe fähig.

Das hatte nun auch Hermann erkannt. Von dem Totenbette seiner Mutter wandte er sich zu mir mit der einen Bitte:

„Fahren Sie zur Stadt, sorgen Sie, daß Rätze keine Stunde länger unschuldig leidet! Ich kann's nicht, ich kann die eigene Mutter nicht anlagern! Sie sind ja eben Zeuge gewesen von dem Mordmord, das Winkelbuchs vor Gericht wiederholen wird.“

Ich versprach, seine Bitte zu erfüllen.

„O Hermann,“ lautete ich bewegt, „ahnen Sie den Grund von Rätzes Handeln?“

Seine Lippen zuckten er nicht.

„Ich war ihrer nicht wert,“ sagte er dann erschütterter; „war ich reich und gedachte, wie früher, würde ich zu ihr gehen und sie bitten, mein Weib zu werden und sie auf den Händen tragen für das, was sie mir gethan. Nun aber: bin ich arm wie der ärmste Bettler, und Schande ruht auf meinem Namen, die jetzt doppelt brennt, je stolzer und verächtlicher ich einst auf Rätze herabgesehen.“ (Fortsetzung folgt.)

In jedem Wahllokal in der Stadt und auf dem Lande sind von uns Vertrauensleute gestellt, welche darauf achten, daß die Wahlregeln nicht verstoßen werden.

Alle Unregelmäßigkeiten und Wahlbeeinträchtigungen werden mir sorgsam registriert und eventuell zu einem Wahlprotest führen. Ist eine Wahl durch Wahlbeeinträchtigungen und Beeinträchtigungen zu Ungunsten einer Partei verfallen, so geneigt ich Wahlprotest, um die Wahl ungültig zu machen. Wähler, laßt Euch Euer Wahlrecht nicht durch große Unbilligkeit, Fabrikanten a. s. w. rauben. Laßt Euch auch nicht durch Angebote von Bier, Branntwein und Zigarren lauten. Denjenigen, welcher Care Stimme kaufen will, müßt Ihr unmaßgeblich dem sozial. Wahlkomitee anzeigen, welches dann bewilligt wird, daß ein solcher Wahlbetreiber der Staatsanwaltschaft angezeigt wird und seine verdiente Strafe erhält.

Zur Warnung und zum Nutzen der Wähler sei an den § 109 des Strafgesetzbuches erinnert: Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft oder verkauft, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft, auch kann auf Verzicht der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Offentlichkeit der Wahlhandlung. Eine vom Minister des Innern im vorigen Jahre erlassene Bekanntmachung geben wir hiermit wieder: und unsern Gegnern zur Beachtung.

Bekanntmachung
Nachdem der Reichstag bei einer Wahlprüfung für erwiesen erachtet hat, daß im wesentlichen während der Wahlhandlung für den Reichstag Betrachtmänner der sogenannten Arbeiterpartei, welche sich in Wahllokale einschleichen hatten, ohne in dem Wahllokal weise beschäftigt zu sein, aus diesem Grunde ausgewiesen worden sind, erlaube ich Euch nachfolgendes ergeben, bereitwillig mit der Bestimmung der Öffentlichkeit der Wahlhandlung in § 9 des Wahlgesetzes vom 1. März 1869 nicht vereinbar. In demselben ist bestimmt, daß durch entsprechende Anweisung an die Wahlprüfer gestiftet zu werden. Ich mache hierbei darauf aufmerksam, daß der erwähnte § 9 die Anwesenheit bei der Wahlhandlung allen Wahlberechtigten Deutschen gestattet, ohne Rücksicht auf den Wahlort, dem sie angehören.

Berlin, 18. Juni 1892.
Der Minister des Innern.
In
des sämtlichen Herren Regierungspräsidenten.

Volkliche Kundschau.

Eine Bäreni gegen Landarbeiter, die zum Himmel schreit, muß das „Reisblatt von Garmisch“ melden. Unterm 3. Mai steht dort zu lesen:

Am Montag mittag kam es auf dem Hofe des Ritterguts D. zu einer hier beträchtlichen Szene. Der Wagon wird und wie folgt geführt: der Rittergutbesitzer A. hatte von auswärts eine Anzahl verketteter Arbeiter gebrungen, denen er ihren Lohn zum größten Teil einbehalten haben soll, so daß die Leute kaum für ihren Lebensunterhalt sorgen konnten, und da ihre Forderungen unbeschränkt blieben, am Montag nicht allein den Lohnrückstand, sondern auch die Löhne einforderten. Bei dies sei ihnen bewilligt worden. Am Montag morgen sei ihm beim hiesigen Landratsamt vorstellig geworden, und bei ihrer Rücksicht auf den Ausbruch kam es dann zu besagten Unruhen gegen Herrn A., der annahm, man wolle ihm zu Böse gehen, woran er einen Revolver ergreift und auf die Arbeiter feuert. Ein Schuß trat einen Arbeiter durch die Lunge. Der Mann ist zwar noch, doch ist es zweifelhaft, ob er am Leben bleiben wird. Der Vor- und wird amnestisch zu gerichtlicher Beurteilung kommen.

Landarbeiter und Bauern! Einmütig Euch am Wahltag dieser entscheidenden Handlung eines Rittergutsbesitzers, dessen Namen das Reisblatt auch noch verzeichnet, während es seine Pflicht wäre, den Wähler nicht jähzornig namhaft zu machen, damit man sich vor ihm schücheln kann. Wählt sozialdemokratisch, das heißt Wahl! Der leidige Herr auf der Meinung, daß es gar nicht so viel zu bedeuten hat, wenn ein Rittergutsbesitzer einen Arbeiter wegschickt wie einen Hund? Sind wir wirklich schon so weit, daß amtliche Reisblätter solche gefährliche Menschen auch noch schonen? Landarbeiter und Bauern, erachtet! Es ist die höchste Zeit, wenn nicht wieder Zustände einreifen sollen, wie sie in früheren Jahrhunderten etwas Gewöhnliches waren.

Ueber eine später ungläubliche Handlung des Bürgermeisters von Lütten. berichtet die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“. Die unverschämten Arbeiter bei der „Kleinen Postland“-Bemerkung mußten in der Arbeiterkammer logieren. Die Aufsicht über sie und ihre Bewirtung ist einem sogenannten „Dezernent“ übergeben, der natürlich aus Schnaps und Bier besteht. Dabei bleibt es nicht aus, daß der eine oder der andere Arbeiter Schlägen ausgesetzt. Wenn nun ein solcher Arbeiter entlassen wird, so löst der Dezernent die Schuld vom Lohn abgehen, was ungesetzlich ist. Ruchlos wurde wieder ein derartiger Arbeiter entlassen, dem wiederum die Schuld vom Lohne abgezogen werden sollte. Er wollte sich dies aber nicht gefallen lassen, und die Fabrikverwaltung, die schon einmal mit einer Klage hereingefallen war, wollte auch das Geld an den Arbeiter ausgeben. Hierauf ging der Dezernent zu dem Bürgermeister in Lütten, und dieser gab ihm eine Bescheinigung, daß der Arbeiter das Schuldkonto vom Lohne abgezogen werden könnte, was denn auch geschah. Der Arbeiter hat gegen den Lohnabzug Klage beim Gewerbegericht erhoben und wird die Bewaltung der Bemerkung natürlich, wie schon einmal vorher, verurteilt werden, den Abzug auszuholen. Wenn der Bürgermeister dem Arbeiter die durch die Lauferei zum Gericht diesem entstandenen Kosten ersetzen müßte, wäre es nur angebracht. Arbeit und Arbeiterinnen werden oft selbst dann hart bestraft, wenn sie gegen die Gesetz aus purer Unkenntnis verstoßen.

Gegen Richter fürchtet die entschiedensten Gegner der Militärverträge mehr als die Anhänger derselben, er läßt gegen die Sozialdemokratische Flugblätter massenhaft verbreiten und laßt vergeblich in der „Freisinnigen Zeitung“ seine Partei von den Aufschüblungen der Sozialdemokratie in seiner Manier einzunehmen. Er bekannnt damit aber bloß, daß er einrichtet, daß die Wählermassen von seinem Rad noch nicht sind halten, und einen wichtigen gewaltigen Rad gemacht haben, indem viele Wähler, die früher freisinnig gestimmt haben, diesmal der sozialdemokratischen Fahne folgen und damit der freisinnigen „Volkspartei“ für immer verloren gehen.

„Commune“ ist der Titel eines neuen Blattes, das seit

einigen Tagen von sechs sozialistischen Gemeinderäten in Paris herausgegeben wird.

Die englische sozialdemokratische Föderation und die deutsche Reichstagswahl. Wie unser Londoner Korrespondent schon früher erwähnte, hat sogar die „Justice“, das Organ der sozialdemokratischen Föderation, die sonst gern für die deutschen „Unabhängigen“ eine Lanze einlegt, sich entschieden für die Wahlkandidatur der deutschen Sozialdemokratie ausgesprochen. In ihrer letzten Nummer geht sie noch weiter, und indem sie ihr Bedauern ausdrückt, daß der Schwamm ihrer Organisation und dringende eigene Anforderungen sie verhindert, eine offizielle Sammlung für den deutschen Wahlfonds zu eröffnen, fordert sie diejenigen ihrer Leser, die dazu in der Lage sind, auf Beiträge zu Gunsten dieses Fonds einzugehen, um wenigstens einen Beweis der Sympathie abzugeben. Der gesunde Menschenverstand und die sozialistische Ueberzeugung waren eben stärker als die persönlichen Rancinen. Und allen „prinzipiellen“ Erklärungen zum Trost kam nur kleinliche Rancie jemand, der sich Sozialist nennt, veranlassen, der Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf entgegenzutreten.

Wegen Aufreizung zum Klassenhaß wurde der feinerzeit verantwortlich gehende Redakteur des „Sozialist“ zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Paris, 12. Juni. Gestern sind 9 Personen an der Gynolea gestorben.

Paris, 11. Juni. In der ersten Debatte des Juni waren bei den Sparkassen die Rückzahlungen um 1,3 Millionen Frk. höher als die Einlagen; die Rentenverkäufe betrugen 6,8 Millionen Frk.

London, 13. Juni. Aus Dreesland wurden große Ueberflimmungen des ganzen südöstlichen Teiles des Landes gemeldet.

London, 13. Juni. In der verflochtenen Woche haben in England 102 Firmen, 50 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres, falliert.

London, 13. Juni. Die Versammlung, welche der Abbe Garnier hier zur Besprechung der sozialen Frage ins Leben geführt hatte, verlief gestern äußerst flüchtig und endete mit der Auflösung.

Raio, 11. Juni. In den Steinbrüchen von Turin bei Raio arbeitende 600 Straßenarbeiter verweigerten zu entziehen. Dreißig wurden durch Gewerkschaften getötet; elf entkamen. Die übrigen wurden wieder eingekerkert.

Soziale Ueberflut.

Deutsche Hungerlöhne. Die Sainzberger Papierfabrik — schreibt der „Corresp. für Deutschl. Buchdr.“ — legte vor etwa 2 Jahren die Löhne ihrer Arbeiter um 7 1/2 % herab mit dem Vorbehalt, bei besserem Geschäftsgange diese wieder aufzuheben. Das Vorbehalt ist bis jetzt nicht eingelöst worden. So kommt es denn, daß die Arbeiter sich mit 1,50 bis 1,70 M. p o Tag bei zwölfstündiger Arbeitszeit begnügen müssen, während der seit kurzem angehende Direktor neben einer herrschaftlichen Dienstwohnung 18 000 M. Jahresgehalt bezieht. Hiernach wiegen erst 40 Arbeiter den Direktor auf.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Streik der Bergleute in Süddeutschland dauert fort. Die Vermittlung der Behörden ist erfolglos geblieben. Sie wird wohl auch fast und kraftlos ausgehen. Der Telegraph bringt bereits, wie üblich, unvorsichtige Schauerberichte, wonach die Streikenden sich Aufstachelungen hätten zu schämen kommen lassen, die das Bündnis gesungen hätten, mit der „Mantel West“ eingegraben. Man kennt den „Bauung“ schon. Über den Streik berichtet die in Budapest erscheinende „Arbeiterpresse“ noch: In den Bergwerken der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft sind fünfzig Arbeiter von 2504 Arbeitern die Arbeit niedergelagt. Wie aus diesem persönlich mitteilen, ist ihre Lage eine allerenthalstlich düsteren. Die Reichsämter pro Schicht bewegen sich zwischen 50 und 90 Kreuzer, sehr seltene Ausnahmen sind 1 K oder einige Kreuzer darüber. Rest- bei ist die Lebensgrundlage, deren sie kräftig werden, eine empfindliche. Wir richten an alle Gewerkschaften und besonders die Bergarbeiter des In- und Auslandes die Aufforderung, möglichst rasch Schmitt für diese Verurteilung der Arbeiter aufzugeben, die mit Wein und Kind dem Hunger überantwortet sind. Gewissen, ein jeder Kreuzer gleich einem hundertsten ein Stück Brot. Sammelt also rasch! Der schnell gibt, nicht doppelt. 2500 weitere Proleten samt Familien sind dem Elende preisgegeben. Unterstützungen sind an die Redaktionen der „Arbeiterpresse“ und „Nepawa“ zu richten, und werden an dieser Stelle quittiert.

Paris, 13. Juni. In einer heute nachmittags stattgefundenen, von 2000 Kurieren besuchte Versammlung wurde beschlossen, den Ausnahmefällen entgegen zu treten, wenn die Arbeiter die Arbeit eingestellt. Raio, 13. Juni. Der Streik hat auf Ausdehnung zugenommen. Nach dem Scheitern der Eingangsverträge wird augensichtlich nichts gearbeitet.

Aufruf.

Alle Parteigenossen, welche gemillt sind für die Wahl unseres Genossen

Fritz Kunert

einzutreten, werden gebeten, sich im „Kühlen Brunnen“ einzufinden. Früh 5 Uhr findet eine Verteilung von Wahlzetteln statt, und können die Kolonnenführer dieselben heute abend 7 1/2 in der „Volksblatt“-Expedition unter Zuweisung ihrer Hohen abholen, um morgen früh hietreten an ihrem Platz sein zu können.

Von früh pünktlich 6 Uhr findet im „Kühlen Brunnen“ die Einteilung und Belebung der

Wahllokale am dem Lande

statt. Um 8 Uhr beginnt die Einteilung der Lokale in der Stadt. Alle diejenigen Parteigenossen, welche erst nachmittags besetzt können, werden ersucht, so bald als möglich nach dem „Kühlen Brunnen“ zu kommen, damit sie die in den Dörfern befindlichen Wahlberechtigten Genossen abholen, und diese ihr Wahlrecht ausüben können.

Bevorziehe sich ein jeder mit der nötigen Legitimation. Der Wahltag selbst beginnt früh 10 Uhr und endigt pünktlich 6 Uhr abends.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Aus Stadt und Land.

Galle a. S., 14. Juni 1892.

Wählerverammlung. Am Dienstag fand eine sehr hart besetzte öffentliche Versammlung im „Rechten Dreier“ in Halle statt. Unter den Versammelten befanden sich außer diesen Frauen. Fritz Kunert referierte über die Neuwahlen und die Sozialdemokratie. Nach kurzer Diskussion wurde die Versammlung mit einem begeistert angenommenen Beschluß des Referenten auf die roten Stimmzettel der herrlichen Sozialdemokratie vom 15. Juni geschlossen.

Von dem künftigen Landrat Herrn v. Werder erhalten wir in bezug auf die Erklärung unseres Genossen Kunert in der Dienstadtnummer eine Zuschrift, aus welcher etwas zu ersehen ist, was aber mit dem besten Willen nicht im Lande sind. Bemerkten wollen wir nur, daß die Klage gegen den Herrn Landrat bereits abhängig gemacht ist, von einer Beilegung des Verfahrens aber, wie der Herr v. Werder das angeblich wünscht, gar keine Rede sein kann, da dies nicht in unserer Macht liegt.

Die hiesigen Königl. Hauptwerkstätten haben durch Anschlag bekannt gemacht, daß sie ihren hiesigen waldberechtigten Arbeitern am Wahltag von 4 Uhr ab, den auswärtigen von noch früher ab, ohne Kürzung des Lohnes für die verbliebene Zeit, Urlaub geben werde, nicht ohne noch der Erwartung auf dem Anschlag Ausdruck zu geben, wie folgt: „Bei der bevorstehenden Bedeutung der bevorstehenden Wahlen darf von jedem im Dienste der Staatsisenbahn-Betriebswerkstätten erwartet werden, daß er, eingedenk der ihm aus diesem Verhältnis erwachenden Pflichten, durch Beteiligung an der Wahl sein Verhältnis für die Bedeutung derselben betonen und in richtiger Würdigung der Interessen des Staates und des Reiches seine Stimme abgeben werde.“ Das erwarteten wir auch. Eingedenk der ihm aus oben angezeigten Verhältnis erwachenden Pflichten, deren Erfüllung durch nichts anderes als gute Arbeitsleistung geschehen kann, wird jeder Arbeiter nur demjenigen Kandidaten seine Stimme geben, welcher für Verbesserung des Arbeiterstandes durch Erhöhung des Lohnes und Kürzung der Arbeitszeit eintritt, denn nur ein durch reichlichen Lohn gut gemachter und nicht durch lange Arbeitszeit abgeroderter Arbeiter ist im Stande, gute Arbeit zu liefern. Da der Arbeiterstand im Staate der wichtigste und an Zahl der größte ist, wähle jeder in richtiger Würdigung der Interessen des Staates den Arbeiterkandidaten Fritz Kunert. Ferner wäre es lobens- und nachahmenswert, wenn nicht nur für den Wahltag, sondern auch für die übrigen unfeiertlichen ganzen und teilweisen Feiertage (z. B. Kaisers Geburtstag) der Lohn nicht gekürzt würde.

Künftig der Reichstagswahl wird in der Fabrik von Dehne am Donnerstag der Betrieb von 12 bis 3 Uhr eingestellt. Die Zeit ist jedenfalls nicht gerade günstig gewählt, da in den Mittagsstunden der Andrang ziemlich stark sein wird.

Heidenmäßig viel Geld steht der konservativen Wahlkandidatur zur Verfügung. Mit Beginn derselben ist ein Bureau in unangenehmer Tätigkeit, in welchem 4 Personen angestellt sind. Bei den Beratungen des Agitations-Komitees ist sich ein Genozog zugegen, welcher die Verhandlungen vorzuleiten aufnehmen muß. Eine genaue Buchung und Registrierung über alle früheren Wahlvorgänge bis auf die gegenwärtigen ist vorhanden. — Wahrsch, so etwas können sich nur Leute leisten, die dazu haben. Einen solchen Klumpen Geld kostet die Verbreitung der zahllos erschienenen Flugblätter; einige zwanzig Mann sind täglich damit beschäftigt. Dieselben erhalten pro Tag: in Halle 4—4,50 M., auf dem Lande 6 Mark für die fruchtlose Arbeit, da man auf dem Lande kaum noch Wähler, geschweige denn gar stimmliche Flugblätter anzunehmen gewillt ist. Unsere Flugblätter dagegen werden von den Genossen erlisch bezahlt und dann auch noch entzündungsfähig mit Freuden und gewissenhaft verbreitet; dafür aber haben dieselben auch die Beweisaufnahme, in persönlicher Verkehr mit der Landbevölkerung die wahre Stimmung kennen zu lernen, die sich schon darin deutlich ausdrückt, daß — allein die Kundschäft, die sozialdemokratischen Flugblätter und Stimmzettel als die richtigen“ erklärt und freudig entgegengenommen werden.

Stadtbewerben-Entwurf vom 12. Juni. Stadtbew. Stadtbew. 2. April. Es sind 3 Petitionen eingegangen, deren erste vom Wähler der Reihungs-Beziehung herriert, welcher der Wunsch ausdrückt, daß für alle die Fälle, wo geschlossene Gesellschaften festhalten zu verhalten wollen, ihm der Saal dazu zur Verfügung überlassen werden möchte. Gleichzeitig verlangt derselbe die Befreiung der Bombenstände vor dem Landungsplatze der Fähre an der Bunde-allee auf der Bunde-allee und erucht um die Erlaubnis, als Wähler der Reihungs-Beziehung eine dortige Bekanntheit errichten zu lassen. Diese Petitionen wird der betr. Kommission überwiesen. — Ueber die Petition über die Ueberlösung des Durchgangs durch das Reitbahngraben bei der Reihungs-Beziehung wird die Kommission übergeben. Die dritte Petition betraf die Reihungs-Beziehung.

Nach Beratung und Genehmigung des Protokolls letzter Sitzung wurde in die Beratung eingetreten.

1. Von den im Hauptprotokoll für 1892/93 vorgeschlagenen Neu- und Umfassungen von Straßen und Straßeneingängen, konnte die Erfüllung von Hauptregeln sind in der Magistrats-Sitzung abgelehrt worden die Reupflanzung der Populenzweige und der Spitze von Nr. 21 bis Reihungs-Beziehung Nr. 6, erhebe wegen Finanzmangelregulierung, letztere wurde noch ausdehnter Kanalisierung und Regulierung der Bürgergasse. Die Reihungs-Beziehung der Reihungs-Beziehung der Reihungs-Beziehung Nr. 2 bis einschließlich Reihungs-Beziehung genehmigt werden, wozu 103 856 M. erforderlich wären. Die Baukommission im Einvernehmen mit der Finanzkommission empfiehlt unter Abkürzung von 1330 M. die Annahme, welche erfolgt. Bei Stadtbew. 2. April.

Die Reihungs-Beziehung von Anlage von Straßen zwischen der Reihungs-Beziehung und der Schiffsallee gegen der Reihungs-Beziehung, sowie über die Leistung einer Beitrags zur Herstellung von Verbindungen der Reihungs-Beziehung mit der gr. Klausstraße und der alten Promenade ist erledigt. Die Verbindungen für den Ausbau der Straßen sind abgelehnt worden, nachdem die Reihungs-Beziehung nicht genehmigt wurde, bei der Reihungs-Beziehung nach der Schiffsallee direkt erfolgen zu lassen; da die Entlohnung nunmehr nur durch den an der Unterseite durch den Ringbogen geht, wenn der Staat genehmigt werden ist, wird nur 1 Klarnote erteilt. Die an die Schiffsallee gehen geführte Verbindung, die für die genehmigten Verbindungen der Reihungs-Beziehung mit dem Straßennetz 1, 2, angebotene Beitragsverpflichtung von 15 000 M. für Klausstraße und 7000 M. für Reihungs-Beziehung bis zum 1. Oktober 1895 genehmigt wird. 2. April 1892 erucht zu erhalten, vor zugegeben. Die Bestimmungen gemindert der Betrag mit der von der Baukommission vorgenommenen Veränderung, nachdem Stadtbew. 2. April. Die Reihungs-Beziehung keine Abkürzung des Betrages vorgeschlagen worden sind, nachdem Stadtbew. 2. April. Die Reihungs-Beziehung genehmigt, daß die Stadt wegen der Reihungs-Beziehung zu bestimmten Ausgaben

